

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Norm-Zeile bei Arbeitmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Ver. g. und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon A2 Flora 4933

Berlin, 22. September 1932 • 45. Jahrg. • Nr. 38

Reichstagsauflösung — Volksbegehren

Der am 30. Juli gewählte Reichstag war von kürzester Dauer aller Parlamente. Nur zwei Sitzungen fanden statt, beide mit hochdramatischem Ausklang. Die Baronsregierung schickte bekanntlich den vorhergehenden Reichstag mit der Begründung nach Hause, er entspreche nicht mehr dem Willen des

deutschen Volkes. Heute ist bekannt, daß die damalige Auflösung auf Veranlassung der Faschisten erfolgt ist. Papen rechnete damit, daß bei einer Neuwahl die Faschisten in einer solchen Stärke einziehen werden, um mit ihnen regieren zu können. Diese Rechnung hatte ein Loch, denn nach der Juliwahl forderten die Faschisten die Auslieferung der ganzen Macht in ihre Hände. Seitdem ist die Freundschaft der Baronsregierung mit den Faschisten in die Brüche gegangen. Es war daher vorzusehen, daß der neu gewählte Reichstag von kurzlebiger Dauer sein wird. Hinzu kam das aggressive Vorgehen gegen die Regierung seitens der Faschisten, sowie die neueste Notverordnung vom 4. September, die allen Volkskreisen zeigte, wohin die Reise der Papen-Regierung geht.

Wir wollen außer Betracht lassen, ob, vom formal-juristischen Standpunkt aus gesehen, die Handlungen des Reichstages richtig oder falsch sind. Fest steht, daß niemand die Tatsache aus der Welt schaffen kann: dem Kabinett wurde mit 513 gegen 42 Stimmen das Mißtrauen ausgesprochen und mit der gleichen Stimmenzahl beschloß der Reichstag die Aufhebung der Verordnung vom 4. September. Niemand wird dieses Ergebnis hinwegwischen können. So betrachtet, gewinnt dieser Vorgang eine große politische Bedeutung. Nun streiten sich die Geister, ob das Vorgehen der Regierung oder das des Reichstages richtig war.

Wir werden wieder Reichstagswahlen bekommen. Für die arbeitende Klasse steht sehr viel auf dem Spiel. Bekommt die

derzeitige Regierung in einem neuen Reichstag eine Mehrheit, dann hat die Arbeiterschaft noch viel Schlimmeres zu erwarten, als ihr bisher zugemutet wurde. In keinem Stadium hat die Regierung gezeigt, daß sie auch den breiten Volksschichten Rechnung tragen will. Was wir in

der vorigen Nummer über die Notverordnung sagten, wird sich in der Praxis noch viel schlimmer auswirken. Eine Belebung der Wirtschaft kann nicht erfolgen. Die Wirtschaftskrise wird daher nicht überwunden und die Verelendung breiter Volksschichten wird in den kommenden Wintermonaten

noch viel stärker einsetzen. Daher haben die Gewerkschaften ein großes Interesse, daß ein solcher Reichstag gewählt wird, der gewillt ist, auch die Arbeiterschaft zu schützen. Gewiß wird die Regierung mit ihrer Anhängerschaft aus dem deutschen Lager eine Stärkung erreichen, denn die Kreise, die aus der Notverordnung Gewinne ziehen können, werden bestimmt alles einsetzen, um Papen zu stützen. Die Arbeiterschaft wird sich auch jetzt die Frage vorlegen müssen, ob die Faschisten ihre Interessen vertreten werden. Seit der letzten Reichstagswahl ist hier eine große Wandlung vor sich gegangen. Ein Komödienspiel wurde aufgeführt, wie es noch nie in der Politik zu verzeichnen war. Die Faschisten, als Todfeinde der Weimarer Verfassung, spielen sich jetzt als die Schützer und Retter der Demokratie auf. Ein unerhörtes Spiel.

Die Sozialdemokratische Partei hat auch frühzeitig diesen Schachzug durchschaut und bei der Regierung ein Volksbegehren gegen die September-Notverordnung beantragt. Das Volk soll selbst sprechen, es hat Gelegenheit, die diktatorischen Maßnahmen der Regierung gegen die Tarifföhne und gegen das Arbeitsrecht zu beseitigen. Wir haben die feste Zuversicht, daß das werktätige Volk in seiner großen Mehrheit dem Volksentscheid zustimmen wird. Die Gewerkschaften werden in diesem großen Ringen ihren Mann stellen. Daher müssen unsere Mitglieder jetzt schon mit der Aufklärungsarbeit zu diesem wichtigen Abwehrkampf gegen die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse einsetzen.

Gewerkschaftskollegen!

Der Bundesausschuß, die Vertretung der Hauptvorstände, hat am 9. und 10. September in Berlin getagt. Die Ergebnisse der Beratungen sind Euch aus der Gewerkschaftspresse bekannt. Über diese Berichterstattung hinaus muß ich Euch sagen, was uns alle an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte bewegt.

Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Unser Kampf wird schwerer sein denn je. Gegen uns steht wieder wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauerntums, weil sie unsere Ziele nicht kennen oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietracht, mit allem Bruderkrieg? Unser Kampf ist nicht ungünstig, wenn wir einig sind. Wir haben mehr Bewegungsfreiheit als in den letzten Jahren. Wir brauchen also nicht entmutigt zu sein. Wir gehen freier, wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.

Meine Mitarbeiter vom Bundesvorstand haben Euch in dieser entscheidenden Sitzung die Grundlagen aufgezeigt, von denen aus unsere Verbandsvorstände den neuen Weg entschlossen beschreiten werden. Wilhelm Eggert hat gezeigt, wie wir die Wirtschaft gestalten wollen. Franz Spliedt hat dargelegt, wie wir den Angriffen auf die Sozialpolitik begegnen müssen. Clemens Nörpel hat uns klargemacht, wie wir das kollektive Arbeitsrecht mit allen Mitteln verteidigen werden. Hermann Schlimme hat gemahnt, in dieser Situation den letzten Arbeiter zu erfassen. Hermann Seelbach, der Leiter unserer Bundesschule, hat neue Wege der Bildungs- und Kulturarbeit aufgewiesen.

Kollegen, wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will. Sie wird uns gerüstet finden.

Die nochmalige Reichstagsauflösung erfordert eine neue politische Entscheidung des ganzen Volkes. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ihr werdet wie früher Eure Stimme abgeben für die Demokratie und für soziale Gerechtigkeit. Ihr werdet alle Kräfte anstrengen, um hierfür die Mehrheit des Volkes bei dieser neuen Wahl zu gewinnen. Aber so wichtig die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel, ebenso wichtig ist die über den Wahltag dauernde Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Kollegen, Männer und Frauen, Alte und Junge, die Ihr in Treue zu uns gehalten habt, an Eurer festen Haltung müssen und werden die schwankenden nun wieder neuen Mut gewinnen. Euch Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die Ihr noch abseits steht, fordere ich auf, Euch jetzt in die gewerkschaftliche Kampffront einzureihen. Die Gewerkschaften sind auch Eure Hoffnung. Sie bilden die Einheitsfront aller Schaffenden, die in diesem neuen Abschnitt der Geschichte notwendig ist. Unseren Gegnern aber rufen wir zu: Wir sind nicht am Ende. Eure Reaktion steigert unsere Kräfte. Keine Macht der Welt wird die freien Gewerkschaften Deutschlands überwinden.

Berlin, den 13. September 1932.

Mit Gewerkschaftsgruß

Der Bundesvorsitzende

Leipold

Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung vom 5. September

Im Reichsanzeiger wird eine Ausführungsbestimmung zur Notverordnung über den weiteren Einbruch in die Tariflöhne veröffentlicht, die wir hier im Wortlaut wiedergeben:

„Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 433), § 13 Abs. 2 wird verordnet:

§ 1.

Als „Betriebsabteilungen“ gelten nur selbständige Betriebsteile im Sinne der Verordnung über Betriebsstilllegungen und Arbeitsstreckung vom 15. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 983).

§ 2.

(1) Bei der Bemessung des Umfanges der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten sind hinsichtlich der Bemessungsgrundlage wie hinsichtlich des jeweiligen Arbeitnehmerstandes auch solche Arbeitnehmer mitzuzählen, die auf Grund eines planmäßigen Austausches (Krümpersystem) zeitweise die Arbeit aussetzen.

(2) Nicht mitzuzählen sind:

- der Ehegatte des Arbeitgebers sowie Personen, die mit dem Arbeitgeber im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind;
- Hausgewerbetreibende einschließlich der Heimarbeiter;
- Arbeitnehmer, deren Beschäftigung unständig im Sinne der Reichsversicherungsordnung § 441 ist;
- Arbeitnehmer, die ausschließlich oder überwiegend auf Provision, Bedienungsgeld oder ähnliche Bezüge angewiesen sind, wenn ihnen nicht ein dem Abs. 2b entsprechender Betrag als Mindestverdienst zugesichert ist;
- Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst achtausendvierhundert Reichsmark übersteigt;
- Lehrlinge und Volontäre.

(3) Außerdem sind von den nach dem 5. September 1932 neu eingestellten Arbeitnehmern nicht mitzuzählen:

- Arbeiter oder Angestellte, die nicht mindestens vierzig Stunden in der Woche oder, falls die Arbeiter- oder Angestelltenschaft des Betriebes oder der Betriebsabteilung im Durchschnitt kürzer arbeitet, nicht mindestens während dieser Durchschnittsdauer beschäftigt werden;
- Arbeitnehmer, deren Lohn oder Gehalt nicht einem für gleichartige Arbeit im Betriebe geltenden Tarifsatz entspricht oder, mangels eines solchen Tarifsatzes, nicht mindestens dem Ortslohne (Reichsversicherungsordnung § 149) gleichkommt; als Tarifsätze im Sinne dieser Vorschrift gelten die im Tarifvertrage vorgesehenen Sätze unter Abzug der in der Verordnung vom 5. September 1932 oder in anderen gesetzlichen Vorschriften zugelassenen Unterschreitungen.

§ 3.

Im Falle des Krümpersystems (§ 2 Abs. 1) ist die wöchentliche Arbeitszeit der Arbeiter oder Angestellten nach ihrer durchschnittlichen Arbeitszeit unter Einrechnung der Zeit des Aussetzens zu berechnen. Eine durchschnittliche Berechnung der wöchentlichen Arbeitszeit findet auch dann statt, wenn in einem Betriebe oder in einer Betriebsabteilung die Arbeit derart gestreckt wird, daß planmäßig auf die einzelnen Wochen eine verschiedene Zahl von Arbeitsstunden entfällt.

§ 4.

Grundlage für die Bemessung der Erhöhung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl (Verordnung vom 5. September 1932, § 1 Abs. 1 und 3) ist die Zahl der am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 beschäftigten Arbeiter oder Angestellten. Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt mehr als vierzig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist im Falle einer Verringerung der Arbeitszeit von einer erhöhten Bemessungsgrundlage auszugehen. Die Erhöhung berechnet sich nach dem Verhältnis der eingetretenen Verringerung der Wochenarbeitsstunden zur Zahl der jeweiligen Wochenarbeitsstunden. Dabei bleibt ein Herabgehen unter vierzig Wochenarbeitsstunden außer Betracht.

§ 5.

(1) Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als sechsunddreißig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist der Arbeitgeber berechtigt, bei der Bemessung des Umfanges der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um ein Drittel erhöht anzurechnen.

(2) Er darf die Zahl der neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um zwei Drittel erhöht anrechnen, wenn die Arbeiter- oder Angestelltenschaft während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als dreißig Stunden wöchentlich, er darf die Zahl doppelt anrechnen, wenn sie nicht mehr als vierundzwanzig Stunden wöchentlich gearbeitet hat.

§ 6.

(1) Uebersteigt der Lohn- oder Gehaltsatz eines Arbeitnehmers den zuständigen tarifvertraglichen Satz, so ist die zulässige Unterschreitung von demjenigen Teilbetrage zu berechnen, der dem tarifvertraglichen Satz entspricht.

(2) Sachbezüge, Aufwandsentschädigungen, Familienzuschläge und ähnliche Vergütungen sind nicht als Lohn- oder Gehaltsätze anzurechnen.

§ 7.

Als „Wochenarbeitsstunden“ gelten auch die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden.

§ 8.

Für den Wert von Sachbezügen sind, soweit nicht ein Tarifvertrag etwas anderes vorschreibt, die Festsetzungen der Versicherungsbehörden nach der Reichsversicherungsordnung § 160 Abs. 2 maßgebend.

§ 9.

Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft.

Berlin, den 14. September 1932.

Der Reichsarbeitsminister.“

Ein zweiter Teil soll noch folgen. Wenn auch die Ausführungsbestimmungen sehr unklar sind und in einem furchtbaren Deutsch niedergelegt wurden, so sind doch einige Bestimmungen enthalten, die endlich Klarheit über die Einstellung von Arbeitskräften schaffen. Als Betriebsabteilungen sind zu verstehen nur wirklich selbständige mit einem eigenen Betriebszweck als Betriebsteile im Sinne der Stilllegungsverordnung. Nach den Bestimmungen zur Durchführung der Verordnung wird auch das Krümpersystem eingeschaltet.

Im § 4 ist eine Bestimmung enthalten, die verhindern soll, daß die Lohnkürzungen übermäßig stark werden, wenn der Unternehmer die bisherige Arbeitszeit von über 40 Stunden verkürzt. Hier ist festgelegt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden den Unternehmer noch nicht berechtigt, eine Verkürzung des Tariflohnes vorzunehmen. Erst dann, wenn bei der Vierzig-

Wochenschau

Reichstag aufgelöst. Durch den Reichspräsidenten wurde der Reichstag am 12. September aufgelöst. Noch ehe der Reichskanzler zum Regierungsprogramm Stellung nehmen konnte, sprach der Reichstag mit 513 gegen 42 Stimmen der Reichsregierung sein schärfstes Mißtrauen aus und beschloß mit gleicher Stimmenzahl die Aufhebung der Verordnung vom 4. September.

Antrag auf Volksbegehren. Die SPD. hat beim Reichsinnenministerium den Antrag auf Durchführung des Volksbegehrens zur Beseitigung der „Sozialpolitischen Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September gestellt.

Der schwarz-braune Block. Durch die Reichstagsauflösung sind die Koalitionsverhandlungen zwischen Nazis und Zentrum einstweilen unterbrochen worden. Nazis wie Zentrum ist die Reichstagsauflösung höchst unwillkommen. Das Zentrum hat durch seinen Reichsparteivorstand und die Reichstagsfraktion der Papen-Regierung den allerschärfsten Kampf angesagt.

Schleicher dementiert. Zu den noch immer auftauchenden Gerüchten einer Präsidialregierung unter Tolerierung der Nazis und des Zentrums erklärt der Reichswehrminister v. Schleicher, daß er nicht die Absicht habe, aus dem gegenwärtigen Kabinett auszuberechnen.

Polizei im Reichstag. Die Politische Polizei leistete sich in Berlin einen unerhörten Uebergriff. Sie drang in der Nacht zum 13. September in das Reichstagsgebäude ein, um angeblich Bomben und Sprengstoffe zu suchen. Die Aktion war ergebnislos. Lediglich in den kommunistischen Fraktionsräumen wurden zwei Bücher beschlagnahmt.

Spanien greift durch. Das spanische Parlament hat beschlossen, die Titel und Würden der spanischen Aristokratie für ungültig zu erklären. Die Post lehnt künftig die Beförderung von Briefen und Paketen ab, die als Aufschrift neben dem Namen auch die Titel tragen.

Die Schuld des Kapitalismus. Auf dem Internationalen Bergarbeiterkongreß, der am 13. September in

stundenwoche eine Neueinstellung erfolgt, tritt die Kürzung der Tariflohnsätze nach der Notverordnung ein. Wenn beispielsweise ein Unternehmer mit einem Betrieb von 200 Arbeitern bisher 48 Stunden arbeiten ließ und er verkürzt nunmehr die Arbeitszeit auf 40 Stunden, das heißt um ein Sechstel, dann erhöht sich die Grundzahl der Beschäftigten gleichmäßig um ein Sechstel, d. h. von 200 auf 233. Eine Kürzung der Tariflohnsätze darf erst dann eintreten, wenn mindestens 5 Proz. der nunmehr vorhandenen Grundzahl der Beschäftigten von 233 mehr eingestellt werden.

Im § 5 wird die Berechnungsgrundlage festgelegt, bei Betrieben, die bisher weniger als 40 Stunden arbeiteten. Wenn ein Betrieb im Gesamtdurchschnitt bisher 36 Stunden wöchentlich gearbeitet hat, so ist der Unternehmer berechtigt, bei der Bemessung des Umfanges der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um ein Drittel erhöht anzurechnen. Der Unternehmer darf die Zahl der neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um zwei Drittel erhöht anrechnen, wenn die gesamte durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als 30 Stunden und doppelt anrechnen, wenn sie nicht mehr als 24 Stunden wöchentlich betrug.

Nach § 6 darf nur bei dem Lohnabbau der tarifvertraglich festgelegte Lohn in Berechnung gestellt werden. Sachbezüge, Aufwandsentschädigungen, Familienzuschläge und ähnliche Vergütungen sind nicht als Lohn- oder Gehaltsätze anzurechnen.

Im § 7 wird festgestellt, daß die auch an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden im Sinne der Verordnung als Wochenarbeitsstunden gelten. Damit soll vermieden werden, daß die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden außerhalb der Gesamtarbeitszeit bleiben.

Bei der Bemessung der Beschäftigungszahl scheiden aus: der Ehegatte des Unternehmers sowie Personen, die mit dem Arbeitgeber im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind; die Hausgewerbetreibenden einschließlich der Heimarbeiter; Arbeitnehmer, deren Beschäftigung unständig ist; Arbeitnehmer, die ausschließlich oder überwiegend auf Provision, Bedienungsgeld oder ähnliche Bezüge angewiesen sind, wenn ihnen nicht ein entsprechender Betrag als Mindestverdienst zugesichert ist; Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst 8400 Mark übersteigt; Lehrlinge und Volontäre.

Große Klarheit bringen auch diese Ausführungsbestimmungen nicht. Die Handhabung dieser unerhörten Verordnung wird daher der Praxis überlassen bleiben müssen. Es wird auch hier, wie bei allen unseren gewerkschaftlichen Kämpfen zutreffen, wo die Kollegen und Kolleginnen geschlossen in ihrer Organisation stehen, werden sie der Notverordnung die Giftzähne ausreißen können, wo aber Hader und Zwietracht unter der Arbeiterschaft ist, wird der Unternehmer spielend leicht die Prämien der Regierung in seine Scheuer bringen.

London eröffnet wurde, stellte der Präsident De j a r d i n fest, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem an der katastrophalen Lage im internationalen Bergbau schuld sei.

Der Nachlaß Kreugers. Die Bilanz des Nachlasses K r e u g e r s ergab, daß seine Schulden eine Milliarde und 170 606 855 Kronen betragen. Ihnen gegenüber stehen lediglich 98 412 834 Kronen, so daß ein Defizit von 1,1 Milliarden Kronen vorhanden ist.

Für die 40-Stunden-Woche. Auf der Arbeitskonferenz der Genfer Tagung des Verwaltungsrates des Völkerbundes stellte der französische Delegierte J o u h a u x den Antrag, die Frage der 40-Stunden-Woche sobald als möglich zu behandeln. Für diesen Antrag stimmte auch der deutsche Regierungsvertreter.

Gegen die Rüstungspläne Schleichers. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm zur Wehrfrage der Reichsregierung Stellung. In einer Entschließung wird zum Ausdruck gebracht, daß die deutschen Rüstungsforderungen zur Isolierung Deutschlands in der Welt führen könnten. Schon mit Rücksicht auf das Massenelend in Deutschland werden die Rüstungspläne abgelehnt und der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie ihre Pläne außerhalb des Parlaments und der Öffentlichkeit zu verwirklichen gedenke.

Mittelständlerische Brockensammlung. Zum Zwecke der „Sammlung“ des politisch bankerotten Mittelstandes hat sich eine neue „Mittelstandspartei“ aufgemacht. Außerdem ist eine weitere Parteigründung der Kreise um P a p e n beabsichtigt, die sich „Papen-Kuratorium“ nennen will. Der Name „Partei“ soll deshalb verschwiegen werden, weil er sich nicht mit dem Kampf gegen das angebliche Partei„system“ vereinbaren läßt.

Stimmungsmache für Wilhelm III. In den Kreisen des Stahlhelms, der Deutschnationalen und anderer Monarchisten, einschließlich eines großen Teiles der Nazis rechnet man mit einer baldigen politischen Kursänderung in Deutschland. Es wird damit gerechnet, daß H i n d e n b u r g zurücktritt, allenfalls abgesetzt werde und der frühere Kronprinz als Wilhelm III. den „Thron seiner Väter besteigen“ soll.

Die Schlichter tagten

Kühle, pessimistische Aufnahme der Papen-Notverordnung.

In Verbindung mit der Veröffentlichung der Papen-Notverordnung zur „Belebung der Wirtschaft“ tagten am 11. September in Karlsruhe die Landes-schlichter des Reiches. Der Tagung kommt insofern besondere Bedeutung zu, weil es ja künftig Aufgabe der Schlichter ist, die sozialpolitischen Maßnahmen und in erster Linie wieder die Eingriffe in das Tarifwesen durchzuführen. Die bisherige Tätigkeit der Schlichter selbst führte dazu, daß die Öffentlichkeit zu ihnen kein besonderes Vertrauen hatte und man versprach sich demzufolge auch nicht zuviel von der in Karlsruhe stattgefundenen Tagung.

Um so bemerkenswerter ist es, daß die Schlichterkonferenz feststellte, daß sie durch die inzwischen Gesetz gewordene Notverordnung vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Der Reichsarbeitsminister, der anwesend war, wird sicherlich viel Neues mit nach Hause nehmen können, da ja die Verordnung und ihre Durchführungsbestimmungen in erster Linie ein Produkt des „grünen Tisches“ waren. Die praktische Durchführung obliegt den Schlichtern. Sie hielten deshalb mit ihren Bedenken auch nicht zurück, weil gerade die Frage der Einstellungsprämie nicht nur vom Standpunkt der Öffentlichkeit, sondern auch vom Standpunkt der Schlichter sehr anfechtbar ist. Die Schlichter erkannten denn auch, daß die sog. Einstellungsprämie sehr leicht in ihr beabsichtigtes Gegenteil umschlagen könne. Auch hier kamen die von den Gewerkschaften geäußerten Bedenken eindrucksvoll zum Ausdruck. Gerade was die Frage der Arbeitszeitverkürzung und die Einstellung neuer Arbeitskräfte anbelangt, mußten die Schlichter feststellen, daß die Einstellungsprämie zu einer Strafe jener Unternehmer würde, die sich ihr soziales Verhalten bewahrt hatten. Ueber der Konferenz schwebte aber auch die Oppositionsstellung der süddeutschen Staaten, die sich bekanntlich mit aller Konsequenz gegen die Einstellungsprämie wenden, weil gerade Süddeutschland von der Kurzarbeit am meisten betroffen wird.

Wenn auch die Schlichterkonferenz in Karlsruhe lediglich informierenden Charakter hatte und der technischen Durchführung der Notverordnung galt, so gewinnt sie deshalb für die Öffentlichkeit Bedeutung, weil auch sie erkannt hat, welches gefährliche Experiment sie namentlich in ihren sozialpolitischen Maßnahmen darstellt. Das dürfte aber ein weiteres memento mori für die Reichsregierung sein, nun endlich mit der Experimentiererei Schluß zu machen. Denn bei allen bisherigen Notverordnungen und Einschnitten in die Sozialgesetzgebung handelte es sich um Maßnahmen, deren praktische Ergebnisse bis heute noch immer nicht vorliegen. Mit der letzten großen Notverordnung verhält es sich ebenso. Die Arbeiterschaft lehnt sie nach wie vor konsequenterweise ab trotz des Optimismus jener Kreise, die mit untauglichen Mitteln an unserer Wirtschaft herumdoktern.

Gegen das Verbot der Nachtarbeit

Die Gegner der Tagarbeit in den Bäckereien wittern Morgenluft. Sie hoffen bei der Regierung der Barone leichter ans Ziel zu kommen als früher. Neue Anstürme sind in Vorbereitung. Der Zentralverband Deutscher Bäckerinnungen berichtet, daß sich die Zweigverbände Ost- und Westpreußen erneut mit der Frage des 4-Uhr-Anfangs beschäftigt haben. Diese Angelegenheit soll auf einer der nächsten Gesamtvorstandssitzungen erörtert werden.

Wir kennen die Bestrebungen, die in den Bäckerinnungen stark vorherrschen, sie zielen auf einen Beginn der Arbeitszeit um 4 Uhr morgens ab. Besonders die südwestdeutschen Bäckermeisterinnungen erwarten dadurch eine starke Belebung des Warenumsatzes. Wir haben auch wiederholt zu diesen gefährlichen Plänen unsere Meinung gesagt und bisher war auch die große Mehrheit des „Germania“-Verbandes gegen die Bestrebungen des 4-Uhr-Arbeitsbeginns. Ob diese Einstellung auch weiterhin aufrechterhalten wird und endlich mit Erfolg die Anstürme gegen das Verbot der Nachtarbeit zurückgewiesen werden können, das werden wir bald erfahren.

Besserung des Bierabsatzes

Bierausstoß im August gestiegen.

Aus Rheinland-Westfalen wird gemeldet, daß im August der Bierabsatz sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten hat und sogar eine darüber hinausgehende Besserung beobachtet werden konnte. Auch aus Berlin wird ähnliches berichtet. Hier ist besonders bemerkenswert, daß der Absatz im Juni und Juli noch etwa 10 Prozent geringer war als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dem uneinheitlichen Absatz in den ersten drei Wochen des Monats August folgte dann in der vierten Woche eine starke Steigerung des Bierverbrauches. Es besteht darüber kein Zweifel, daß diese auch in anderen Teilen Deutschlands beobachtete Absatzbelebung nicht auf eine

Stärkung der Massenkaukraft zurückzuführen ist, sondern ihre Ursache hat in der außerordentlich warmen Witterung, die im August vorherrschte. Es ist deshalb auch kaum zu erwarten, daß die Belebung nach Eintritt ungünstigerer Witterung noch weiter anhält.

Die Brauereiarbeiter sehen diesem Zeitpunkt mit schwerem Herzen entgegen, denn sie wissen, daß in den weitaus meisten Fällen auf Absatzrückgang Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit folgt. Die kapitalistische Wirtschaftsweise will es so, daß auf alle Fälle der Profit gesichert bleibt. Der Mensch mit seiner Arbeitskraft ist in diesem Wirtschaftssystem von sekundärer Bedeutung, insbesondere auch weil Arbeitskraft in Masse zur Verfügung steht. Anerkannt werden soll, daß es unter den Brauereien Betriebe gibt, in denen dieser kapitalistische Standpunkt nicht so kraß in Erscheinung tritt. Immerhin ist die Zahl der Betriebe noch groß, die mit Rück-

Am 9. September fand im Reichsarbeitsministerium eine Sitzung statt, die erste seit 1918 mit den Gelben und der höchsten Sozialbehörde. Nichts veranschaulicht besser den großen Schritt nach rückwärts als dieser Vorgang. Jetzt haben es die Gelben geschafft und warten mit ihren Forderungen auf, die ihnen von Unternehmersyndizi aufgeschrieben wurden.

Der gelbe „Hauptausschuß nationaler Industrie- und Berufsverbände“ verlangt in erster Linie Einführung und Anerkennung der Werktarife. Was das bedeutet, weiß jeder einigermaßen gewerkschaftlich geschulte Arbeitnehmer. Werktarife sind das bisher unerreichbare Ideal der Unternehmer. Sie sollen innerhalb des Betriebes ohne Berücksichtigung der Gesamtinteressen der Arbeiterschaft der gleichen Industrie abgeschlossen werden, wobei der Unternehmer seine Schäfchen nach rechter Lust scheren kann. Gleichzeitig sollen die Gewerkschaften ausgeschaltet werden, der wichtigste Garant in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auf der gleichen, arbeiterschädigenden Linie liegen die übrigen „Forderungen“, die Einführung des Leistungslohnes bei Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter. Von der „Gnade“ des Unternehmers soll es künftig abhängen, wieviel der Arbeiter verdienen darf, und am besten schnitten dabei die Kriecher und Schmarotzer ab. Nicht minder gefährlich ist die Forderung auf Beseitigung der paritätischen Arbeitsvermittlung. Dem Unternehmer soll es überlassen bleiben, wem er in „seinen“ Betrieb einstellen will. Das würde die Wiedereinführung der nach langen, schweren Kämpfen beseitigten schwarzen Listen bedeuten und die Unternehmerbrutalität würde wieder Orgien feiern. Wohin die Gelben steuern und wessen Geschäft sie besorgen, kann nach diesen „Forderungen“ keiner Frage unterliegen. Sie besorgen das Geschäft ihrer Stipendiaten, die sich um ihre Existenz so stark bemühten und tief in den Beutel griffen, wenn sich ihnen die Chance bot, durch das Treiben der Gelben hundertfältigen Gewinn einzuheimsen. Hinter den „Forderungen“ grinst die profitlüsterne Unternehmerschaft, die nichts sehnlicher herbeiwünscht, als das ihre Trabanten „tariffähig“ werden.

Die Arbeiterschaft, die an sich durch die reaktionäre Einstellung der Regierung schwer um ihre Existenz zu kämpfen hat, ist sich darüber im klaren, daß die Gelben eine weitere Möglichkeit dazu bieten werden, nicht nur das so mühsam aufgebaute Tarifgebäude beseitigen zu helfen, sondern dazu beizutragen, daß die letzten Reste gewerkschaftlicher Aufbauarbeit vor die Hunde geht. Sie wird deshalb doppelt wachsam sein, das Vorhaben der Gelben zu verhindern. Denn darüber müssen wir uns im klaren sein, es kann nur dann durchgeführt werden, wenn es die Arbeiterschaft will. Da sie den Rückfall in die wirtschaftliche Barbarei nicht will, stärkt sie die freien Gewerkschaften und trägt dazu bei, daß nicht nur Unternehmerangriffe abgewehrt werden, sondern auch dem Unternehmertum ihr Wille aufgezwungen wird! Das kann aber nur durch die Gewerkschaften geschehen, denn sie sind frei von jeder Bindung gegenüber dem Unternehmertum. Die Gelben sind eine Schutztruppe der Unternehmer gegen die um ihre Betreuung kämpfende Arbeiterschaft!

Bringt der Lohndruck „Rettung“?

Eine zeitgemäße Betrachtung.

Das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung enthält als eine der markantesten Stellen das Kapitel „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit.“ Darin sind bekanntlich alle jene Bestimmungen festgelegt, die über den Weg des Tarifeinbruches und der staatlich „sanktionierten“ Lohnsenkungen die Wirtschaft wieder ankurbeln sollen. Noch ehe die amtliche Veröffentlichung der näheren Durchführungsbestimmungen erfolgte, herrschte eitel Jubel in den Kreisen der Schwerindustrie. Ihr Organ, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, beeilte sich schnellstens, der Regierung Papen ihr Kompliment auszusprechen, indem sie feststellte, „... daß die Regierung durch diese Tat sich nahezu in allen Punkten für die wirtschaftlichen Forderungen der Schwerindustrie... durchgerungen habe“. Aber sie geht noch weiter, indem sie höchst unbefriedigt feststellt und sagt: „Ob die Ausgabe von 700 Millionen Mark als Prämie für die Betriebe, die Arbeiter neu einstellen, genügen wird... läßt sich noch nicht übersehen.“

Mit Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Schäden jeder Lohnkürzung ist der Reichsregierung gewerkschaftlicherseits klarzumachen versucht worden, daß weiterer Lohnabbau volkswirtschaftlichen Selbstmord bedeutet. Aber für diese Tatsachen sind die höchsten Regierungsstellen nicht zugänglich. Sie sprechen von Erhaltung des Existenzminimums und zerstreuen die übrigen Bedenken müheles. Wir sind aber schon so weit, daß große Teile der Arbeiterschaft die unterste Grenze des Existenzminimums unterschritten haben. Eine Belebung der Wirtschaft ist nur durch eine Kaufkraftsteigerung der breiten Massen möglich.

Wie aber verhält es sich mit dem „starren“ Tarifsystem? Es ist gut, daß in diesem Augenblick das Internationale Arbeitsamt einwandfreie Unterlagen zu diesem Kapitel beigebracht hat. Seine Unter-

40 Jahre Treue zum Verband



August Genzel

Böttcher, Hamburg
Eingetr. 7. 7. 1886, jetzt invalide

Wilhelm Janssen

Böttcher, Hamburg
Eingetreten 10. 1. 1886

Karl Hoche

Böttcher, Hamburg
Eingetreten 1. 10. 1887



Heinrich Greve

Böttcher, Hamburg
Eingetreten 24. 6. 1892

Heinrich Meyer

Böttcher, Hamburg
Eingetr. 7. 8. 1889, jetzt invalide

Emil Wenkstern

Böttcher, Hamburg
Eingetreten 26. 6. 1892

sicht auf den Profit die Belegschaftszahl reduzierte und von den verbleibenden Arbeitern erhöhte Arbeitsleistungen verlangten. Wie ein Hohn wirkt es, wenn derartige Betriebe heute nach Stärkung der Massenkaukraft schreien, die ihnen selbst so gleichgültig ist, wenn es sich um die Kaufkraft der Arbeiter ihres Betriebes handelt. Ein Lächeln zwingt sich uns auf ob derartiger Naivität, die geflissentlich übersieht, daß die anderen Unternehmer, von denen die Kaufkraftstärkung verlangt wird, aus demselben Holz geschnitzt sind wie diejenigen Brauereiuunternehmer, die nach außen hin Kaufkraftsteigerung fordern, sich aber im eigenen Betrieb daran nicht kehren. In den nächsten Wochen wird in dieser Hinsicht noch allerlei in Erscheinung treten. Die Brauereiarbeiter werden dazu manches Wörtlein zu sagen haben.

Die Gelben machen sich mausig

Auf dem Wege zum Werktarif?

Bisher war es den Gelben auf Grund der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918 nicht möglich, Tarifverträge abzuschließen zu können. Mit Recht stellte sich die Verordnung auf den Standpunkt, die Gelben sind nicht tariffähig, weil sie wirtschaftsfriedlich und vom Unternehmer in starkem Maße abhängig sind. Mit der Zunahme der politischen Reaktion hält auch diese gelbe Sippschaft ihre Zeit für gekommen, als gewerkschaftliche Organisation anerkannt zu werden.

suchungen beweisen, daß bis heute auch der stärkste Lohndruck keine Arbeitsmöglichkeiten gebracht hat. Es stellt fest, daß die Stundenlöhne im Mai 1932 in Deutschland auf 84,9, in den Vereinigten Staaten auf 88,7 und in England auf 96 gegenüber den Stundenlohnsätzen 1929 gesunken sind. Auch das „Institut für Konjunkturforschung“ stellt fest, daß das Arbeitseinkommen stetig gesunken ist und zwar in der Zeit von 1928/29 um 5 Proz., 1929/30 um 5 Proz., 1930/31 um 10 Proz. und 1931/32 um 16 Proz. Es läßt keinen Zweifel daran, daß der Rückgang der Einkommen den Verbrauch aufs schärfste gedrosselt habe und die Rückwirkung auf eine ganze Anzahl Verbrauchsgüter katastrophal sei. Der Schwund des Einkommensbetrages ist beträchtlich weiter gesunken als es die Zahlen erkennen lassen, weil noch die erhöhten Beträge für Steuerabzüge und Sozialversicherungsbeiträge hinzukommen, die den Ertrag des Arbeitseinkommens weiter schmälerten. Aber an diesen Tatsachen geht die Reichsregierung blind vorbei und dekretiert neuen Lohndruck! Die Folgen werden in ihrer Auswirkung furchtbar für die deutsche Volkswirtschaft sein.

Arbeitsgemeinschaften der jungen Generation

In den gewerkschaftlichen Veranstaltungen spielt die junge Generation eine geringe Rolle. Ihre Beteiligung am Gewerkschaftsleben steht in einem Mißverhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke. Als Ursache hierfür wurden in einer Besprechung der Sachbearbeiter für Jugendfragen beim ADGB, verschiedene Gründe angegeben.

1. Die wachsende Politisierung läßt „trockene“ gewerkschaftliche Arbeit im Ansehen schwinden.
 2. Die Betätigungsmöglichkeiten für junge Kräfte sind in der Gewerkschaftsbewegung natürlicherweise begrenzt. Sie sind außerdem durch die Häufung von Funktionen in einer Hand eingeschränkt.
 3. Das zukunftsweisende Ziel der Bewegung ist nicht deutlich genug für jeden in der von politischen Wirren erfüllten Zeit herausgestellt.
- Um diesen Mängeln in der Schulung und Heranziehung der jungen Generation zu Funktionen wirksam zu begegnen, wurden folgende Richtlinien für die Zusammenfassung der jungen Kollegen zu Arbeitsgemeinschaften besprochen und einstimmig gutgeheißen:

Wir haben 1. mehr als bisher die Jugendabteilungen auszubauen, 2. die Jugendarbeit folgerichtig an den über 18 Jahre alten Jugendlichen fortzuführen. Hierbei sind zu beachten:

I. Aufgaben der Zentrale.

1. Bereitstellung von Vortragsdispositionen und Broschüren als Grundlage für Aussprachen in den zu bildenden Arbeitsgemeinschaften.
2. Veröffentlichung von Hinweisen in der Gewerkschaftspresse zur Betätigung in der Bewegung und zur Erfassung der jungen Generation.
3. Eintreten in Wort und Schrift für den Gedanken: die Jugend hat gleichfalls ein Recht auf Arbeit.

Die rote Mappe

Schicksalstage des deutschen Parlaments. Wilhelm II.: „Die Hunde sollen zahlen bis sie blau werden.“

In der Geschichte des Parlamentarismus im Kaiserreich haben die Reichstagsauflösungen ebenfalls eine Rolle gespielt. Die ominöse rote Mappe, die das vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates unterzeichnete Auflösungsdekret enthielt, ist dem Reichstag nicht weniger als fünfmal auf den Tisch des Hauses gelegt worden.

Schon der erste Reichstag des neuen Reiches, der unter dem Eindruck des siegreichen Krieges mit einem starken rechten Flügel und zum erstenmal mit 58 Mitgliedern der neuen „ultramontanen“ Zentrumsparterie sowie dem ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in das alte Herrenhaus in der Leipziger Straße einzog, konnte sich keines langen Wirkens erfreuen. Noch vor dem Frankfurter Frieden zusammengetreten, wurde er am 29. November 1873 aufgelöst, nachdem die Opposition gegen den Bismarckschen Kurs, vor allem unter dem Eindruck des Kulturkampfes, auf 133 Stimmen angewachsen war. Bebel, der diesem Reichstag als der einzige Sozialist angehörte, sagte von seiner Arbeit: „Was er für das Wohl des Volkes getan hat, ist gleich Null, wohl aber hat er vieles getan, um die dem Volk angelegten Ketten noch fester zu schmieden.“ Bebel hatte recht, befanden sich doch unter den 382 Abgeordneten nicht weniger als 11 Fürsten und Prinzen, 34 Grafen, 103 Freiherren und Barone.

Aber in den darauffolgenden Wahlen sah Bismarck mit Entsetzen die Opposition gegen seine Diktatur, deren Rücksichtslosigkeit das Volk bald immer mehr zu spüren bekam, immer weiter um sich greifen. Der neue Reichstag zählte schon 9 Sozialisten, während

4. Die junge Generation darf nicht nur „Bildung“ vorgesetzt bekommen, sie muß auch in praktische Gewerkschaftsarbeit eingereiht werden. Der Kreis aktiver Funktionäre ist möglichst zu vergrößern.

II. Aufgaben der Gau- und Bezirksleiter.

Die Tätigkeit der Gau- bzw. Bezirksleiter erstreckt sich auch auf die Förderung der Arbeitsgemeinschaften unter Beachtung der größtmöglichen Einheitlichkeit der Schulungsarbeit im Tätigkeitsbezirk.

III. Aufgaben der Filialen (Ortsverwaltungen).

1. Die Leitung der Arbeitsgemeinschaften untersteht der Verantwortung der Ortsverwaltungsleitung, die einen geeigneten Leiter für diese Aufgabe bestimmt. Bei persönlicher Eignung (gewerkschaftliche Erfahrung und nicht allzu jung) wird es zweckmäßig sein, den Jugendleiter mit dieser Aufgabe zu betrauen.

2. Sind in einer Ortsverwaltung nicht genügend Mitglieder der jungen Generation vorhanden, die sich zusammenfinden wollen, so ist Verbindung mit anderen Verbänden zwecks gemeinsamer Arbeit zu suchen, oder der Ortsausschuß übernimmt die Aufgabe für alle Verbände am Ort.

3. Die für irgendwelche Funktionärtätigkeit (Kleinarbeit; Flugblattverbreitung, Stempelstellenpropaganda, Hausagitation, Beitragskassieren, Protokollführen, Jugendgruppenarbeit usw.) geeigneten Mitglieder sind herauszufinden und als Funktionäre einzugliedern.

4. Planmäßiges Einspannen der Teilnehmer in die praktische Gewerkschaftsarbeit. Bei nur bildungsmäßiger Erfassung dieser Altersschicht besteht die Gefahr des Theoretisierens und des Zerfalles der Gruppe. Neben die Wissensübermittlung muß die praktische Tätigkeit treten.

IV. Aufgaben des ADGB und seiner Unterorganisationen.

1. Der Bundesvorstand, die Bezirks- und Ortssekretariate unterstützen die Bestrebungen zur Erfassung der jungen Generation in Wort und Schrift.
 2. Die Ortsausschüsse sind verpflichtet, dort, wo die Möglichkeit zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften auf Verbandsgrundlage nicht besteht, eine Zusammenfassung von sich aus vorzunehmen.
- Die Aufgabe ist nun, die Richtlinien entsprechend den örtlichen Möglichkeiten zur Durchführung zu bringen. In Gemeinschaft mit jung und alt muß die Zusammenfassung der jungen Generation zur Förderung der Schlagkraft unserer Bewegung gelingen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im August

Von einer Entlastung des Arbeitsmarktes war auch im Monat August nichts zu spüren. Im Bäcker- und Fleischerhandwerk äußerte sich, wie aus dem „Reichsarbeitsmarktanzeiger“ zu ersehen ist, lediglich eine geringe Nachfrage nach Aushilfspersonal. Teilweise Neu- und Wiedereinstellungen wurden dagegen in der Süßwarenindustrie vorgenommen. In der Fisch- und Fischkonservenindustrie hat — insbesondere in der Nordmark — der saisonmäßige Aufschwung

das Zentrum es auf 91 Sitze brachte. Im Kulturkampf unterliegen, suchte Bismarck einen neuen Gegner, er fand ihn in der Arbeiterbewegung, die unter dem Druck der großen Wirtschaftskrise immer stürmischer answoll. Nach dem ersten Attentat auf Wilhelm I. forderte Bismarck vom Reichstag ein Ausnahmegesetz gegen die verhassten „Reichsfeinde“. Der Reichstag brachte mit den Stimmen der Nationalliberalen, deren Ministerhandel mit Bismarck gescheitert war, das Gesetz zu Fall, „um die Unruhe im Volke nicht ins Ungemessene zu steigern“. Erst das zweite Kaiserattentat gab Bismarck freie Hand. Gegen den Willen des Ministerrats löste er den unbequemen Reichstag am 11. Juni 1878 auf, um mit einem neuen nicht nur das Sozialistengesetz, sondern auch die geplanten Steuer- und Zollgesetze durchzusetzen.

Die nächste Reichstagsauflösung fällt in das Jahr 1887. Seit 1878 gab es im Reichstag keine feste Mehrheit mehr, drei fast gleich große Parteien, Konservative, Liberale und Zentrum standen sich gegenüber. Die Sozialdemokraten hatten indes gegen 1874 ihre Sitze auf 24 verdoppelt. Seit dem Berliner Kongreß hatte sich die außenpolitische Lage weiter verschlechtert. In Frankreich war eine Militärdiktatur durch Boulanger ans Ruder gelangt, die russisch-französische Annäherung machte Fortschritte — eine furchtbare Spannung lag über ganz Europa. Bismarck, hinter dem die Generäle standen, brachte Ende 1886 eine große Militärvorlage ein, die eine Vermehrung des Heeres um 41 000 Mann vorsah. Als ihm der Reichstag, der hintereinander die Bismarckschen Entwürfe zum Tabak- und Branntweinmonopol abgelehnt hatte, die Erhöhung der Friedenspräsenz nur auf drei Jahre bewilligen wollte, ließ ihm Bismarck das Auflösungsdekret überbringen und setzte sich auf diesem Wege über den Willen des Volkes hinweg. Im Hinblick auf die außenpolitischen Verwicklungen gelang es Bismarck, der mit

nicht angehalten. Und in der Getränkeindustrie drückte sich gleichfalls der Kaufkraftschwund durch die unverändert anhaltende ungünstige Beschäftigungslage aus. Die Zahl der arbeitslosen und kurzzeitig beschäftigten Verbandsmitglieder in den einzelnen Industriegruppen stellt sich gegenüber dem Vormonat wie folgt:

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	Juli 1932	August 1932	Juli 1932	August 1932
Getränkeindustrie ..	10 583	10 214	37 520	36 084
Süßwarenindustrie ..	5 533	5 187	9 282	8 744
Bäcker u. Konditoren.	6 435	6 356	2 508	2 826
Fleischer	4 457	4 366	2 645	2 654
Müller	2 189	2 128	1 576	1 202
Böttcher u. Weinküfer	2 628	2 668	1 221	1 092
Insgesamt	31 825	30 919	54 752	52 602

Deutschland schnürt sich vom Weltmarkt ab

In der neuesten Nummer der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ sind aufschlußreiche Einzelheiten über den katastrophalen Rückgang des deutschen Außenhandels nachzulesen. Wer sich in das Zahlengewirr vertieft und dabei die handelspolitischen Experimente im Auge behält, die das Kabinett Papen durchgeführt hat oder noch in Angriff zu nehmen gedenkt, der wird sehr schnell zu der Feststellung kommen, es fehlt nicht mehr viel, um den einst blühenden deutschen Außenhandel und das, was in der Krise noch davon übrig blieb, vollständig zu vernichten. Das Kabinett Papen will, daß das deutsche Volk sich nur mit den Erzeugnissen ernährt, die auf deutschem Boden wachsen. Es will die „gute nahrhafte Erbsensuppe“ wieder zu Ehren bringen, und was verschlägt es, wenn dann in Ermangelung von Erbsen das arme Volk wieder zu Kohlrüben greifen muß? Zurück zur „glorreichen“ Zeit des „Stahlbades“.

Unter diesen Perspektiven muß die große Masse der Bevölkerung die Außenhandelspolitik der Regierung und ihr Ergebnis betrachten. Für die Arbeiterschaft ist sie von großer Bedeutung, weil jede Verringerung der Ausfuhr eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge hat.

Die Wareneinfuhr nach Deutschland ist durch die seit Jahren propagierten Einfuhrbeschränkungen von 5,7 Milliarden Mark im ersten Halbjahr 1930 auf 3,8 Milliarden Mark im Jahre 1931 und 2,39 Milliarden Mark in der gleichen Zeit des Jahres 1932 zurückgegangen. Zu beachten ist allerdings, daß der Rückgang der wertmäßigen Einfuhr teilweise durch Senkung der Preise bedingt ist. Trotzallem ist der Rückgang der mengenmäßigen Einfuhr im Vergleich zum ersten Halbjahr 1931 auf etwa 15 Prozent zu beziffern. Gegenüber dem vorhergehenden Jahr dürfte er mehr als doppelt so hoch sein. Besonders bemerkenswert ist es, daß sich das Verhältnis der anteilmäßigen Einfuhr aus Europa und Uebersee zugunsten des letztgenannten Gebietes verschoben hat. Eine Folge der in Europa besonders ausgeprägten protektionistischen Handelsmaßnahmen.

allen Mitteln der Propaganda das Gespenst der Kriegsgefahr an die Wand malte, eine nationalistisch-militaristische Stimmung zu erzeugen, die den Ausfall der Wahl bestimmte und so den neugewählten Reichstag in seiner Zusammensetzung zu einem geeigneten Instrument seiner Machtpolitik gestaltete. Gleich zweimal hintereinander wurde die Erhöhung des Wehretats vom Parlament bewilligt.

Daß sich der Reichstag unter dem Regime Wilhelms II. nie einer besonderen Gunst erfreute, beweisen die vielen Aussprüche, in denen der Kaiser die Reichstagsabgeordneten als „Ochsen“ beschimpfte. Als kurze Zeit nach Bismarcks Sturz das Parlament die große Heeresvorlage nicht bewilligen wollte, meinte er: „Ich jage den halbverrückten Reichstag einfach zum Teufel.“ Die Auflösung erfolgte im Frühjahr 1893. Das neue Parlament bewilligte gegen die 44 Stimmen der Sozialdemokraten die Vorlage.

Immer wieder betonte der Kaiser, daß er „kein konstitutioneller Monarch“ sei, „der herrscht und nicht regiert“. Gestützt auf diese kaiserliche Autorität brachte das Kolonialabenteuer des Jahres 1907 den Machtpolitikern eine neue Gelegenheit zur Durchsetzung ihrer Wünsche. Das Kolonialabenteuer führte zu einer ungeheuren Belastung der Reichsfinanzen. Gemeinsam mit dem Zentrum forderte die Sozialdemokratie weitgehende Abstriche vom Etat, denn wie es sich herausstellte, hatte die Expedition nach Südwestafrika zur Unterdrückung der Herero-Aufstände über 40 Millionen Mark verschlungen. Als schließlich im Parlament der Nachtragsetat, der riesige Summen aufwies, von den Oppositionsparteien abgelehnt wurde, löste Bülow, dem Wunsche seines kaiserlichen Herrn folgend, den Reichstag im Dezember 1907 auf. „Die Hunde“, erklärte Wilhelm, „sollen zahlen bis sie blau werden“.

Dasselbe Spiel wiederholte sich 1913. Nach dem Fiasko der deutschen Außenpolitik, die es in wenigen

Allein mehr als die Hälfte des Einfuhrückganges entfällt auf die Einfuhr aus Frankreich, England, Italien, Holland und die Tschechoslowakei.

Diese Länder sind es auch, die am stärksten ihren Warenbezug aus Deutschland eingeschränkt haben. Wertmäßig bezifferte sich die deutsche Ausfuhr im ersten Halbjahr 1930 auf 6,2 Milliarden Mark. In der entsprechenden Zeit 1931 sind es nur noch 4,7 Milliarden Mark gewesen und 1932 gar nur rund 3 Milliarden. Der wertmäßige Rückgang ist weit höher als der mengenmäßige. Ebenfalls ist festzustellen, daß der Rückgang der Ausfuhr nach Uebersee weit geringer ist als der nach Europa, so daß sich auch in der Ausfuhr der Anteil dieser beiden Bezugsgebiete weitgehend verändert hat.

Die weitere Gestaltung des deutschen Außenhandels kann mit ziemlicher Sicherheit schon heute aufgezeigt werden. Die beabsichtigte Kontingentierung verschiedener Warengruppen hat in dem davon betroffenen Ausland bereits zu Gegenmaßnahmen geführt. Der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, an dem außer Rohstoffen, die Deutschland nicht hat aber notwendig braucht, nichts mehr nach Deutschland eingeführt wird und das Ausland auf deutsche Industrieerzeugnisse verzichtet. Der Erfolg wird sein, daß die Mittel zur Bezahlung der Rohstoffe fehlen und das deutsche Volk soweit verarmt, daß die Erzeugnisse des Bauers, für die er angeblich heute zu wenig erhält, in Zukunft noch niedriger im Preis sein müssen, wenn sie überhaupt verkauft werden sollen.

Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im August

Der Monat August brachte zwar saisonmäßig eine leichte Besserung der Beschäftigungslage in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie, so daß hier und da einige Neueinstellungen erfolgten. Wie jedoch aus der untenstehenden Zusammenstellung hervorgeht, ist die Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit und teilweiser Stilllegung außerordentlich hoch. Das Gesamtbild hat sich also gegenüber den vergangenen Monaten nicht viel geändert. Berichtet haben 180 Betriebe mit insgesamt 22 053 Beschäftigten; nicht berichtet haben die Bezirke Kottbus, Düsseldorf, Solingen und Elberfeld.

Monat	Berichtende Betriebe	Zahl der Beschäftigten			Neu eingestellt	Entlassen	Anzahl der Betriebe			
		männlich	weiblich	zus.			Überstund.	Kurzarbeit	einzel. Abt.	m. teilw. Stillleg. ganze Betr.
Juni 1932	171	5350	14069	19419	310	731	4	83	8	7
Juli 1932	187	7159	17054	24213	173	915	3	102	18	25
August 1932	180	6442	15611	22053	902	226	4	103	14	10

Aus der nachstehenden Uebersicht geht hervor, wie sich der Grad der Beschäftigung in den letzten drei Monaten gestaltet hat. Von den berichtenden Betrieben wiesen im August 14,5 Proz. einen guten, 37,2 Proz. einen befriedigenden und 48,3 Proz. einen schlechten Beschäftigungsgrad auf.

Jahren fertigbrachte, einen eisernen Ring um Deutschland zu schmieden, sah man die Sicherheit des Landes nur noch in einem riesigen Heer. Als deshalb die Regierung zur Deckung der großen Wehrvorlage einen einmaligen Wehrbeitrag forderte, den vor allen Dingen die ärmeren Schichten des Volkes tragen sollten, stellte sich die Sozialdemokratie, die inzwischen auf 111 Sitze angewachsen war, dem zügellosen Militarismus des Kaiserreichs entgegen. Die Antwort war — die Auflösung.

Die erste Reichstagsauflösung in der Republik erfolgte im März 1924, als der Reichstag die Abänderung der berüchtigten Steuernotverordnung beantragte. Die Neuwahlen brachten ein Ansteigen der reaktionären Stimmen. Als aber die Deutschnationalen im neugewählten Reichstag durch ihren Streit um die Ministerwechsel die Arbeitsunfähigkeit herbeiführten, wurde wieder eine Auflösung des Parlaments verfügt. Die Neuwahlen führten die SPD, als stärkste Partei in den Reichstag zurück. Das Jahr 1930 sah die dritte Reichstagsauflösung in der Republik. Sie erfolgte, als das neugebildete Kabinett Brüning keine parlamentarische Mehrheit für sein Regierungsprogramm erlangen konnte.

Die Vorgänge, die zur Auflösung des deutschen Reichstages im Juni 1932 führten, stehen noch in frischer Erinnerung. Dieser Reichstag wurde aufgelöst, weil Herr v. Papen 107 Nationalsozialisten zu wenig waren. Er wollte „die verständige Bewegung“ stärker im Parlament vertreten sehen. Aus 107 wurden 230 — das war Herr v. Papen wieder zuviel. Die Sozialdemokratie wird nun alles daran setzen, daß ein Parlament mit einer gesünderen Kräfteverteilung, wie sie der antikapitalistischen Sehnsucht des Volkes entspricht, gewählt wird, um dem Volke endlich zu geben, was es braucht, um leben zu können: Sozialismus — Freiheit!

A. P.

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Juni 1932	80	2 770	70	10 600	71	6 049
	17,6 %	14,3 %	40,9 %	54,6 %	41,5 %	31,1 %
Juli 1932	22	3 708	69	8 803	96	11 702
	11,8 %	15,3 %	36,9 %	36,4 %	51,3 %	48,3 %
August 1932	26	3 000	67	10 481	87	8 572
	14,5 %	13,6 %	37,2 %	47,5 %	48,3 %	38,9 %

Wann kommt die Brotpreissenkung?

Im 9. Bericht der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktswesen wird über Preise und Verdienstspannen bei Brot und Weizenkleingebäck mitgeteilt, daß trotz der bis zum Indexstichtag, dem



Die deutsche Fischkonservenindustrie, hauptsächlich an den Küstenplätzen der Nord- und Ostsee konzentriert, verarbeitete 1930 in 471 Betrieben mit 3470 Räucheröfen und 1268 Bratöfen Fische im Wert von 59,6 Mill. Mk. 8,4 Mill. Mk. wurden für Zutaten: Essig, Öl, Fett, Zwiebeln, Gurken, Salz und sonstige Gewürze ausgegeben, 14,6 Mill. Mk. für Fässer, Gläser, Dosen, Kisten usw. An Löhnen und Gehältern für Arbeiter und Angestellte, deren Durchschnittszahl 1930 rund 10 200 betrug, wurden 17,1 Mill. Mk. gezahlt. 125 Mill. Mk. betrug der Wert der Produktion, wobei neun Zehntel der insgesamt verarbeiteten Fischmengen Heringe, Breilinge und ähnliche Fische waren. Das wichtigste Zentrum der Fischindustrie ist das Gebiet der Elbe- und der Wesermündung, wo mehr als die Hälfte der deutschen Produktion an Fischkonserven erzeugt wird, ebenso ist die Ostküste Schleswig-Holsteins bis Lübeck ein weiteres wichtiges Produktionszentrum, während auf das Binnenland nur etwas mehr als ein Zehntel der Produktion entfällt.

24. August, bereits erfolgten Brotpreissenkung die durchschnittliche Bruttoverdienstspanne im Backgewerbe seit Mai dieses Jahres beim Brot von 12,8 Pf. auf 14,9 Pf. je Kilogramm und beim Weizengebäck von 46,1 Pf. auf 49,4 Pf. je Kilogramm infolge der sinkenden Getreide- und Mehlpreise gestiegen ist. Beim Brot wurde am 24. August bereits der Stand vor der letzten Preissenkung erreicht, und bei Weizenkleingebäck steht er etwa auf dem Niveau vom Oktober 1930.

Nachdem nunmehr das Ergebnis über die diesjährige Ernte vorliegt, muß unbedingt die Reichsregierung Vorkehrungen treffen, um recht baldigst eine Preissenkung anzuordnen. Der Winter steht vor der Tür, Millionen verarmter Menschen bangen heute darum, wie sie ihren Lebensunterhalt dürrig fristen können. Es würde daher ein Verbrechen sein, wenn noch lange bei der Riesenbrotgetreideernte mit der Brotpreissenkung gewartet würde.

Nörgeler haben noch nie positive Arbeit geleistet!

Am 24. September ist der 40. Wochenbeitrag fällig

Zertrümmerung der Gewerkschaften geplant

Dem Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ entnehmen wir die Wiedergabe von Gerüchten, nach denen die Reichsregierung die Absicht habe, die Gewerkschaften aufzulösen. An zuständiger Stelle wurde jedoch auf Anfrage erklärt, diese Gerüchte seien so phantastisch, daß man sie nicht erst zu dementieren brauche. Die Reichsregierung kenne diese Gerüchte übrigens noch gar nicht und außerdem werde der Reichsarbeitsminister in Düsseldorf vor den Gewerkschaften eine längere Rede halten.

Hierzu bemerkt „Der Deutsche“: Im Hotel „Kaiserhof“, Berlin, hätten eine Anzahl „Wirtschaftsführer“ getagt, und an dieser Tagung nahm auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold, der Leiter des Statistischen Reichsamtes Dr. Wagemann und Vertreter der I.G. Farbenindustrie usw. teil. Bei dieser Gelegenheit wurde über die Gewerkschaften gesprochen. Es kam die Tendenz zum Durchbruch, die autoritäre Regierung Papen zu benutzen,

um die Existenzbasis der Gewerkschaften zu zertrümmern und auf diesem Wege zu einer Beseitigung der Gewerkschaften zu kommen.

Diese Mitteilung muß größtes Erstaunen hervorrufen, da sonst die Regierung ausgezeichnete Fühlung mit den Unternehmern hält, jedoch von diesen Plänen nichts gehört haben will. Wir würden dieser Alarmnachricht keine Beachtung schenken, wenn sie in irgendeinem Sensationsblättchen gestanden hätte. „Der Deutsche“ scheint gut informiert zu sein, sonst würde er nicht diese spezialisierten Angaben machen können. Der ausgeklügelte Plan steht auch in Verbindung mit den Vorstößen der Unternehmerreaktion, die seit Jahr und Tag gegen die ihr sehr unbequemen Arbeiterorganisationen vorgehen. Von dieser Seite wurde schon oftmals der Gedanke direkt oder indirekt ausgesprochen, besonders die freien Gewerkschaften zu zerstören. Das Unternehmertum wird sich gründlich irren, wenn es nunmehr glaubt, mit Hilfe der Papenregierung die Gewerkschaften zu vernichten. Längst steht fest, daß die Unternehmerreaktion nicht die Macht besitzt zur Beseitigung der Gewerkschaften. Alle Bemühungen mit Hilfe der Gelben, der Faschisten und sonstiger gedungener Elemente eine Unterhöhlung der Gewerkschaften herbeizuführen, scheiterten. Auch alle Provokationen, durch Massenaussperrungen die Gewerkschaften zum Weißbluten zu bringen, verpufften. Nun glaubt die Unternehmerreaktion, die gegenwärtige Reichsregierung sei für ihre Wünsche durchaus geeignet.

Sie wird sich aber täuschen, denn die Vernichtung der Gewerkschaften bedeutet gleichfalls die Zertrümmerung der kapitalistischen Wirtschaft. Die Herrschaften mögen sich gesagt sein lassen, daß ihre Pläne das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie wünschen. In ihrer Borniertheit schreiten sie weiter auf dem Wege zur vollständigen Zerstörung des Wirtschaftslebens. Diese Tatsachen werden den letzten Arbeiter zu Ueberzeugung bringen, daß er nicht länger der Gewerkschaftsbewegung fernbleiben kann.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch für Robert Leube, Buchnummer 52 522, eingetreten in Leipzig. Beim Vorzeigen einziehen und an den Vorstand einsenden.

Ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch für Fritz Amberg, Buchnummer 328 878, eingetreten in Wuppertal. Beim Vorzeigen einziehen und an den Vorstand einsenden.

Gesucht wird Karl Lutzern, Böttcher- oder Küfermeister. Die Adresse ist der Redaktion zur Weiterleitung zu übermitteln.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 9. September bis 15. September 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen.

Fürstenberg 170.—, Itzehoe 100.—, Königsberg (Neumark) 90.—, Krefeld 10.—, Landshut 28,32, Rosenheim 300.—, Chemnitz 48,71, Kiel 136,80, Braunschweig 34,80, Augsburg 3923,18, Berlin 49,541,59, Bremen 2274,83, Chemnitz 5702,45, Dortmund 12 125,64, Duisburg 3705,18, Düsseldorf 4574,67, 810,46, 4,18, 1569,90, Essen 4044,61, Frankfurt am Main 9121,62, 3,28, 6216,12, Halberstadt 1907,78, Hamburg 28 012,51, Herford 30.—, Koblenz 3535,77, Köln 6979,17, 84,75, Krefeld 874,88, Leipzig 4702,19, Magdeburg 247,20, 2567,78, Mainz 9909,48, Münster 52,12, Pfungstadt 204,26, Saalfeld 1175,29, Sonneberg 21,40, Sorau 85,96, Stendal 365,03, Trier 1954,06, Wiesbaden 683,80, Wuppertal 3928,01, Biberach 250.—, Dresden 209,56, Frankfurt a. M. 262,95, Pulsnitz 100.—, Solingen 24,64, Halle a. d. S. 59,24, Weißenfels 550.—, Zittau 200.—, Düsseldorf 139,28, Grabow 150.—, Lübeck 24,48, Speyer 350.—, Vierns 400.—, Liegnitz 16.—, Freiburg i. Br. 16.—, München 79.—, Weißwasser 150.—, Bitterfeld 200.—, Gleiwitz 39,80, Wittenberge 50.—, Zweibrücken 160.—, Brieg 200.—, Elbing 400.—, Löwenberg 75.—, Labben 100.—, Meiningen 400.—, Reichenau 250.—, Riesa 750.—, Uelzen 200.—, Waren 20.—, Zwickau 28,32, Bielfeld 78,10, Heilbronn 140,79, Berlin 1,50, Danzig 3938,71, 78,56, Luckenwalde 160,13, München 4007,83, 3520,90, Neustrelitz 104,75, Neuteich 34,91, Rötha 137,51, Senftenberg 202,24, Storkow 60.—.

Sonstige:

Berlin 1201,39, Augsburg 400.—, Hamburg 81 898,55, Kassel 3.—, Mainz 33,24, Glogau 10.—, Würzburg 2,40, Berlin 123.—, 2018,10, 2.—, Saarbrücken 2,65, Berlin 400.—, Zwickau 17,38, Berlin 37,53, 18,08, 70.—.

daß mit dieser Kost und mit den verschiedenen gelben Verbänden der Bedarf an Meistertreuen gedeckt wäre. Doch weit gefehlt. In den letzten Tagen wurde in Hannover ein neues gelbes „Kindlein“ aus der Taufe gehoben, das auf den Namen „Deutscher Handwerksgelellensbund“ hört.

In dem darüber veröffentlichten Bericht heißt es:

„In Verfolg dieses Zieles beschließt die Gesellenversammlung — sie bestand fast nur aus Meistersöhnen, also geborenen Streikbrechern — die Gründung des Deutschen Handwerksgelellensbundes. Der Deutsche Handwerksgelellensbund gliedert sich in Reichsfachgruppen der verschiedenen Handwerksberufe. Aufgabe des Bundes ist: planmäßige Förderung beruflichen Könnens und Wissens, lebendige Pflege handwerklicher Tradition, Solidarität und Standesehre, bewußte Durchführung berufständischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Meister und Gesellen, umfassende Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Handwerksgelellenschaft, entschlossener Kampf für eine positive Handwerkspolitik in Reich, Ländern und Gemeinden. Die berufständisch-nationale Handwerksgelellensfront lehnt die marxistische Wirtschaft- und Gesellschaftsauffassung und den von ihr vertretenen Klassenkampfgedanken als unvereinbar mit der handwerklichen Wirtschafts- und Sozialgewinnung ab.“

Eine „ganz neue“ gelbe Streikbrecherorganisation. Auch sie wird den Kampf der Arbeiterschaft um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aufhalten. Der gelbe Bastard wird um so früher verschwinden, je planvoller wir Aufklärungsarbeit bei den Handwerksgelellens leisten.

Genossenschaftliche Rundschau

Genossenschaften gegen Autarkie. Bereits auf seiner Jahrestagung am 7. Juni hat der Zentralverband Deutscher Konsumvereine gegen die Abschließungspolitik Deutschlands protestiert. Die dort gefaßten Entschlüsse wurden dem Reichspräsidenten zugeleitet. Nunmehr wendete sich der Zentralverband unter dem 10. September erneut an die Reichsregierung und brachte zum Ausdruck, daß die Einführung von Kontingenten ein verfehltes Experiment sei. Dadurch würde die Arbeitslosigkeit vergrößert und die europäischen Länder zu Gegenmaßnahmen gezwungen, die aber nicht im Interesse Deutschlands lägen. Gleichzeitig wird gegen den Lohnabbau Stellung genommen, „weil allein in der Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen eine wohlverstandene Pflege des deutschen Binnenmarktes“ liegt.

Allgemeine Rundschau

Volkshochschule Berlin. Das neue Lehrjahr beginnt am 16. Oktober 1932. Es werden angekündigt: Aufbau- und Volkshochschule, Volksmusikschule und wissenschaftliche Kurse. Die Volkshochschule hat eine prächtige Steigerung ihrer Veranstaltungen zu verzeichnen, sowohl in den durchgeführten Kursen wie auch in den Unterrichtsstunden. Die Gebühr für einen Kursus von 9 Doppelstunden beträgt 2,50 Mk., Fremdsprachkurse 3,50 Mk., Erwerbslose erhalten bis zu drei Freikarten. Der Lehrplan wird vom 20. September ab kostenlos ausgegeben. Antragen bei der Geschäftsstelle Berlin C 2, Burgstraße 8 III, von 9 bis 16 Uhr.

Ein welterschütternder Vorgang. Der Reichstagspräsident Göring verspürte eines Tages die Lust, das bisher von Lobe bewohnte Reichstagspräsidentenhaus zu besichtigen. Da bemerkte er im Festsaal ein großes Bild mit einer gewöhnlichen Sackleinwand verhängt. Mit einem nicht zu bestreitenden national-„sozialistischen“ Spürsinn pirschte er sich an dieses geisterhafte Etwas heran und mußte zu seinem Schrecken feststellen, daß eine Büste eines verflorenen deutschen Kaisers mit republikanischer Sorgfalt verhängt war. Göring unternahm die nationale Tat und entriß diese verstaubte Figur der republikanischen Finsternis und ließ sie in monarchischem Glanz von neuem erstrahlen. Heil Hitler!

Die NSDAP. als „Arbeiterpartei.“ Die Reichstagswahl am 1. August fiel in die Ferien- und Urlaubszeit. Demzufolge wurde von den Stimmscheinen reger Gebrauch gemacht. Charakteristisch ist nun, daß ausgerechnet die NSDAP. dort am meisten von den abgegebenen Stimmen profitierte, wo es sich um exponierte Ausflugsorte handelt, die von einem Arbeiter kaum besucht werden können. So erhielt die Nazipartei in Mittenwalde, der Durchgangsstation nach Tirol von 3377 abgegebenen Stimmen 2140, in Helgoland 1300 Stimmen, während es sonst kaum hundert waren. Typisch ist auch, daß die Nazis auf einem Teil der Schiffe der Hapag und des Lloyd von 2297 Stimmen allein 970 erhielten. Ohne das wir etwa jene Kreise kritisieren möchten, die trotz der schlechten Zeiten noch immer in der Lage sind, sich eine Urlaubsreise gönnen zu können, so muß aber doch festgestellt werden, daß es sich hier bei den Nazis keineswegs um Arbeiter handelt, die außerhalb ihres Wohnortes ihre Stimme abgaben. Es ist schon so, daß die Bezeichnung „Arbeiterpartei“ lediglich getarnt ist und bei den Nazis das bürgerliche Element den Ausschlag gibt.

Internationales

Kongreß des englischen Bäckerverbandes. Mitte August versammelten sich die Delegierten des englischen Bäcker- und Konditoren-Verbandes in Blackpool. In den Eröffnungsreden des Präsidenten des Verbandes, des Gewerkschaftskartells und des Bürgermeisters wurde allgemein über die Wahlschlacht gesprochen, aus der der Generalsekretär des Verbandes, W. Banfield, als Mitglied des britischen Parlaments für den Wahlkreis Wednesbury siegreich hervorging. Banfield dankte allen Helfern, die ihr Bestes gegeben hätten, daß endlich ein Bäckergelell in das Parlament ziehen konnte, denn dadurch gewinne der Verband an Achtung, Würde und Ansehen. Er selbst versprach, derselbe alte „Billy“ zu bleiben; er habe kein Talent „aufgeblasen“ und „großspurig“ zu werden. Er würde nie vergessen, daß das, was er geworden, er seinen Kollegen zu verdanken habe.

Präsident Keen gab in seinem Rückblick auf die letzten zwei Jahre bekannt, daß die Organisation finanziell auf festen Füßen stehe, im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften, an denen die Weltkrise nicht spurlos vorübergegangen sei. Nichtsdestoweniger schaffe die Einführung und der Gebrauch arbeitsparender Maschinen eine wachsende Armee Arbeitsloser. Ein Bäcker zwischen 45 und 50 Jahren müsse, wenn er arbeitslos werde, damit rechnen, daß er nur Gelegenheitsarbeit wieder fände. An dem Zustandekommen der jetzigen Regierung haben Kräfte gearbeitet, die darauf ausgingen, alle Lasten den Arbeitern aufzubürden. Der wahnsinnige Wettbewerb der Nationen führe zu neuen Kriegen, in die unsere Söhne geschickt werden, um neue Absatzmärkte zu gewinnen. Des weiteren klagte der Redner darüber, daß die heranwachsende Generation nicht in dem Maße dem Verbands beitrete, wie man es erwarte. Die heutige Jugend sei von anderer Art als die „alte Garde“. Auch die heutigen Arbeitgeber seien geistig anders als früher. Der Verband stehe nach wie vor bei seinem Kardinalstandpunkt: für eine garantierte Wochenarbeit einen garantierten Wochenlohn. Ehe man davon abweiche, müsse man etwas Besseres an die Stelle setzen können.

Viel Zeit nahmen weitere Verbandsangelegenheiten in Anspruch. Es waren darunter auch Grenzstreitigkeiten, Fragen über die Zugehörigkeit, ob die Bisquitarbeiter zum Bäcker-Verband oder zu dem Genossenschaftsarbeiter-Verband gehörten. Der Schlichtungsausschuß der Gewerkschaften entschied so, daß alle zufrieden waren.

Ueber die Frage „Genossenschaften und Nachtarbeit“ sprach Banfield und erwähnte, daß die französischen Genossenschaften darauf bestanden, das Drei-Schichten-System beizubehalten. Die französische Regierung versage jedoch diesen Wünschen die Anerkennung, da sie mit dem Gesetz des Nachtarbeitsverbots kollidierten. Die französischen Genossenschaften suchen nun die Hilfe der Internationalen Genossenschafts-Allianz. Der englische Bäcker-Verband habe die englischen Genossenschaften noch einmal daran erinnert, daß sie sich für Abschaffung der Nachtarbeit durch Gesetz erklärt hätten. Man hoffe, daß die Genossenschaften diese Unterstützung nicht zurückziehen werden. Die Internationale Union der Lebensmittelarbeiter werde noch einmal an alle Genossenschaften den Appell richten, für die Beseitigung der Nachtarbeit einzutreten. So sei Hoffnung vorhanden, daß die französischen Genossenschaften auf der kommenden Konferenz in Brüssel geschlagen würden. Wenn irgend jemand berufen sei, die besten Arbeitsbedingungen für das arbeitende Volk zu schaffen, so seien es doch nur die Genossenschaften. Sollte dennoch der Versuch gemacht werden, den Fortschritt zu hemmen, würden im ganzen Lande Versammlungen veranstaltet werden, um an den einzelnen Genossenschaftler zu appellieren.

Aus Birmingham wurde der Wunsch laut, die noch immer im Gesetz verankerte 72-Stunden-Woche für Jugendliche zu beseitigen. Die Regierung habe sich immer gestäubt. Selbst die noch nicht gesetzlich geregelte 48-Stunden-Woche sei zu viel. Angesichts der anwachsenden Einführung von Maschinen sei auf eine 40-Stunden-Woche hinzuwirken, für die sich die Exekutive einsetze.

Der Vertreter des schottischen Bäckerverbandes, Justice, hob die Schwierigkeiten hervor, die sich bei Abschließung neuer Tarife in Schottland zeigten, hauptsächlich mit den Genossenschaften. Der Lohn bewege sich zwischen 75 und 65 Schillingen. Banfield solle nicht der einzige Bäcker im Parlament bleiben. Mit den radikalen schottischen Arbeitervertretern im Parlament, wie Maxton and Company, sei nicht viel Staat zu machen. Sie brächten die Arbeiterbewegung nur rückwärts statt vorwärts.

Aus Sheffield kam ein Antrag dahingehend, darauf zu bestehen, daß nur gelernte Arbeiter als Hilfsarbeiter im Backgewerbe beschäftigt werden sollen und daß diesen Arbeitern nicht weniger gezahlt wird als den gelernten Bäckern des Distrikts. Mit 47 gegen drei Stimmen wurde der Antrag angenommen.

Süd-Wales beauftragte in einem Antrage die Exekutive, an die Regierung mit der Forderung heranzutreten, ein Gewerbeamt für jugendliche Arbeiter ins Leben zu rufen, damit Arbeitszeit und Lohn für jugendliche Arbeiter im Backgewerbe zwischen 14 und 18 Jahren geregelt und den anständigen Firmen geholfen werde, mit Firmen, die noch Kindersklaverei betreiben,

zu konkurrieren. Der Antrag wurde mit 46 gegen 10 Stimmen angenommen. Ein Antrag aus Staffordshire, angesichts der durch Einführung von Maschinen neugeschaffenen Arbeitsverhältnisse einen neuen Plan zur Festsetzung der Löhne zu besprechen, wurde der Beratung der Exekutive überlassen. Scharfer Protest gegen die von der Regierung eingeführte Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenunterstützung wurde in einer Resolution aus Birmingham erhoben. Sie fand einstimmige Annahme. London brachte eine Resolution zur Abstimmung, in der der Regierung der Vorwurf gemacht wird, daß sie alle Gesetzgebung zum Schutze und Vorteile der Arbeiter verhindere. Die Arbeiter fordern eine neue Fabrikgesetzgebung, die die Abschaffung der Nachtarbeit in Bäckereien einschließe, ein neues Unfallgesetz, eine gesetzliche Festlegung einer 40-Stunden-Woche für alte und junge Arbeiter. Um diese Forderungen zum Erfolge zu bringen, werde die Arbeiterklasse alle in ihren Kräften stehenden Mittel gebrauchen, um eine Arbeitermehrheit im Parlament zu erreichen. Einstimmige Annahme fand diese Resolution. Ebenfalls einstimmige Annahme fand eine Resolution aus Birmingham, in der gegen die Verschlechterung der Gesetze für die Gewerkschaften protestiert wurde.

Am Schlusse der zweitägigen Verhandlungen wurde dem Generalsekretär Banfield ein silbernes Teeservice und ein Barometer in Anerkennung seiner langjährigen Verdienste um den Verband überreicht. Banfield dankte und wies darauf hin, daß er versucht habe, daran mitzuarbeiten, das Arbeiten im Backgewerbe aus der Tiefe zu der Höhe zu heben, so daß sie jetzt auf demselben Niveau stände wie die übrigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Er hoffe, daß er die Abschaffung der Nachtarbeit im Backergewerbe noch erleben könne. Für immer würde er dem Volke, aus dem er komme, treu bleiben. Mit dem Absingen des schottischen Liedes „Die alte schöne Zeit“ fand die Konferenz ihr Ende.

Lohnkampf im Fleischergerbergewerbe Wiens. In Wien haben die Unternehmer zum Zwecke einer Lohnherabsetzung um 15 Proz. die Lohnstarife gekündigt. In einzelnen Gruppen soll der Abbau sogar 20 Proz. betragen. Außerdem sollte auch eine beträchtliche Verschlechterung im Arbeitsverhältnis durch Tarifänderungen erfolgen. Der Zentralverband der Lebens- und Genussmittelarbeiter wird in Massenversammlungen zu diesen Forderungen Stellung nehmen, da von den Verschlechterungen 7000 Arbeitnehmer betroffen werden. In diesen Versammlungen sollen dann auch darüber Beschlüsse gefaßt werden, ob Kampfhandlungen eingeleitet werden.

Amerikanische Gewerkschaftsreklame. In Chicago führen die Bäckergelellens augenblicklich einen unerhört scharfen Kampf um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Sie bedienen sich dazu der Gewerkschaftsmarke (Label), die jedes von ihnen hergestellte Brot trägt. Nunmehr berichten die Gewerkschaften mehrmals in der Woche über den Erfolg ihres Kampfes durch den Gewerkschaftssender. Das hat die Unternehmer so aus dem Häuschen gebracht, daß sie ähnliche Zustände wie in Deutschland durch die „Verschölung“ des Rundfunks verlangen. Das nützt aber nichts, denn Amerika kennt die bei uns vertretene Reaktion nicht.

Anzeigen

Unserm Kollegen Hans Eichner zu seiner am 25. September 1932 stattfindenden Silberhochzeit sowie zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die besten Glückwünsche.
Die Bittnergruppe [2,10]
der Ortsgruppe Nürnberg-Fürth

Unserm Kollegen Philipp Dürr zu seinem 40-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]
Die Kolleginnen und Kollegen der Firma A. Wildhagen & Co., Kitzingen a. M.

Unserm Kollegen Richard Bauer und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer am 16. September 1932 stattgefundenen Silberhochzeit und Kollegen Ernst Buchmann und seiner Braut Erna Weißer zu ihrer am 17. Septemb. 1932 stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [3,30]
Die Belegschaft der Firma Otto Viertel, Chemnitz

Unserm Koll. Brauer Kurt Kopke nebst seiner lieb. Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [1,80]
Die Kollegen der Ortsgruppe Schönebeck a. d. Elbe

Unserm Koll. Wilhelm Rosendahl nebst seiner Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]
Die Kollegen der Germania-Mühle und die Ortsgruppe Duisburg

Unserm Koll. Alois Eitenhofer und seiner lieben Frau Anni zu ihrer stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]
Die Verbandskollegen der Dortmunder Aktien-Brauerei

Unserm lieben Kollegen Josef Klimaszewski und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]
Ortsgruppe Gleiwitz-Beuthen O.-S.

Unserm lieben Freund und Kollegen Anton Sauerborn und seiner lieben Frau zu ihrer am 13. September 1932 stattgefundenen Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [3,00]
Die organisierten Kollegen der Schultheiß-Brauerei, Niederlage Koblenz, Die Ortsgruppe Koblenz

Unserm Kollegen August Jost und seiner lieben Frau zur stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]
Die Kollegen der Schlegel-Schäppenseel-Brauerei, Abt. Recklinghausen und Ortsgruppe Bochum

Unserm Koll. Simon Niederalz zu seinem 40-jährigen, und dem Kollegen Wilhelm Rombelsheim zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum in der Brauerei Buser, Weiden-thurm, die besten Glückwünsche.
Die freigeorganierten Kollegen der Brauerei Buser, Die Ortsgruppe Koblenz [2,70]

Unsern lieben Kolleginnen Maria Lehrheuer und Käthe van Wachtendonk und ihren Auserwählten zur Verheiratung die herzlichsten Glückwünsche und ferneres Wohlergehen. [2,70]
Die Verbandsmitglieder der Brauerei P. Wieris, Aachen und Bezirksleitung Aachen

Nachruf
Am 12. Sept. verstarb unser Kollege [3,30]
Georg Krapp
Mälzer, infolge eines Unfalles
Ehre seinem Andenken
Ortsgruppe Erlangen

Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

36. Fortsetzung.

„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, ich versteh. Nix is ärger, wie wenn jemand lügt. Wie er sich zu verwickeln anfängt, is er verloren. In einem Dorf hinter Pilgram war ein gewisser Lehrer Marek und der is der Tochter vom Heger Schpera nachgestiegen, und der hat ihm sagen lassen, daß er ihm, bis er ihn trifft, ausn Gewehr Borsten mit Salz in Hintern schießen wird. Der Lehrer hat ihm sagen lassen, daß es nicht wahr is, aber einmal, wie er sich mit dem Mädal hat treffen solln, hat ihn der Heger abgefangen und hat schon an ihm diese Operation machen wolln, aber er hat sich ausge-redet, daß er herich Blumen pflücken wollt, dann wieder, daß er irgendwelche Käfer fangen gegangen is und hat sich je weiter desto mehr verwickelt, bis er zum Schluß beschworen hat, wie er ganz erschreckt war, daß er Schlingen auf Hasen legen gegangen is. So hat ihn also der liebe Heger zusammengepackt und auf die Gendarmeriestation geführt, von dort is es zum Gericht gegangen und es hat nicht viel gefehlt, so wär der Lehrer eingesperrt worn. Wenn er die Wahrheit gesagt hätt, so hätt er nur die Borsten mit Salz gekriegt. Ich bin der Meinung, daß es immer am besten is, zu gestehn, offen zu sein, und wenn ich schon was anstell, zu kommen und zu sagen: „Melde gehorsamst, ich hab das und das angestellt.“ Und was die Ehrlichkeit betrifft, is es immer eine sehr hübsche Sache, weil man mit ihr immer am weitesten kommt. So wie wenn diese Wettgehen sind. Wie einer zu fixeln anfängt und lauft, is er schon distanziert. Das is meinem Vetter passiert. Ein ehrlicher Mensch is überall geschätzt, geehrt, mit sich selbst zufrieden und fühlt sich wie neugeboren, wenn er sich legt und sagen kann: „Heut war ich wieder ehrlich.“

Während dieser Rede saß Oberleutnant Lukasch schon lange auf einem Stuhl, blickte Schwejk auf die Stiefel und dachte: „Mein Gott, ich rede ja auch manchmal solche Blötheiten und der Unterschied liegt nur in der Form, in der ich sie vorbringe.“

Nichtsdestoweniger, da er seine Autorität nicht verlieren wollte, sagte er, als Schwejk geendet hatte:

„Bei mir müssen Sie Stiefelputzen, Ihre Uniform in Ordnung halten, die Knöpfe ordentlich angenäht haben und müssen den Eindruck eines Soldaten und nicht irgendeines Zivillakles machen. Es ist merkwürdig, daß sich keiner von euch militärisch benehmen kann. Nur einer von allen meinen Dienern hat ein kriegerisches Aeußere gehabt und zum Schluß hat er mir meine Paradeuniform gestohlen und in der Judenstadt verkauft.“

Er brach ab und fuhr fort, Schwejk alle seine Pflichten zu erklären, wobei er nicht vergaß, nachdrücklich zu betonen, daß er treu sein müsse und nirgends erzählen dürfe, was zu Hause geschehe.

„Zu mir kommen Damen zu Besuch“, bemerkte er, „manchmal bleibt eine über Nacht hier, wenn ich früh keinen Dienst habe. In so einem Fall bringen Sie uns den Kaffee zum Bett, wenn ich läute, verstehen Sie?“

„Melde gehorsamst, daß ich versteh, Herr Oberleutnant, wenn ich unverhofft zum Bett kommen möcht, könnt es vielleicht mancher Dame unangenehm sein. Ich hab mir mal ein Fräulein nach Haus geführt und meine Bedienerin hat uns grad wie wir uns sehr gut unterhalten ham, den Kaffee ins Bett gebracht. Sie is erschrocken und hat mir den ganzen Rücken begossen und hat noch gesagt: „Guten Morgen wünsch ich.“ Ich weiß, was sich schickt und gehört, wenn irgendwo eine Dame schläft.“

„Gut, Schwejk, Damen gegenüber müssen wir immer einen ungewöhnlichen Takt bewahren“, sagte der Oberleutnant, dessen Laune sich besserte, weil das Gespräch auf einen Gegenstand gekommen war; der seine freie Zeit zwischen Kaserne, Exerzierplatz und Karten ausfüllte.

Die Frauen waren die Seele seiner Wohnung. Sie schufen ihm ein Heim. Es waren ihrer ein paar Dutzend und viele von ihnen bemühten sich während ihres Aufenthaltes, seine Wohnung mit verschiedenen Kleinigkeiten auszuschnücken.

Eine, die Frau eines Kaffeehausbesitzers, die volle vierzehn Tage bei ihm gelebt hatte, bis der Herr Gemahl sie abholte, stückte ihm einen reizenden Ueberwurf auf den Tisch, versah seine ganze Wäsche mit Monogrammen und hätte vielleicht noch einen Wandteppich zu Ende gestickt, wenn der Gatte die Idylle nicht zerstört hätte.

Eine Dame, die nach drei Wochen von ihren Eltern abgeholt wurde, wollt sein Schlafzimmer in ein Damenboudoir umwandeln, stellte überall allerlei Krimskrams und kleine Vasen auf und hängte das Bild eines Schutzengels über sein Bett.

In allen Winkeln des Schlafzimmers und Speisezimmers war eine Frauenhand merkbar, die sogar in die Küche gedrunnen war, wo die mannigfachen Küchengeräte und Gefäße zu sehen waren, das großartige Geschenk einer verliebten Fabrikantenfrau, die außer ihrer Leidenschaft ein Instrument zum Zerschneiden von sämtlichem Gemüse und Kraut, ein Instrument zum Semmelreiben, eine Hackmaschine für Fleisch, Kasserollen, Pfannen, Schüsseln, Kochlöffel und weiß Gott was noch mitgebracht hatte.

Sie ging jedoch nach einer Woche fort, weil sie sich nicht mit dem Gedanken abfinden konnte, daß er neben ihr noch beiläufig zwanzig andere Geliebte hatte, was

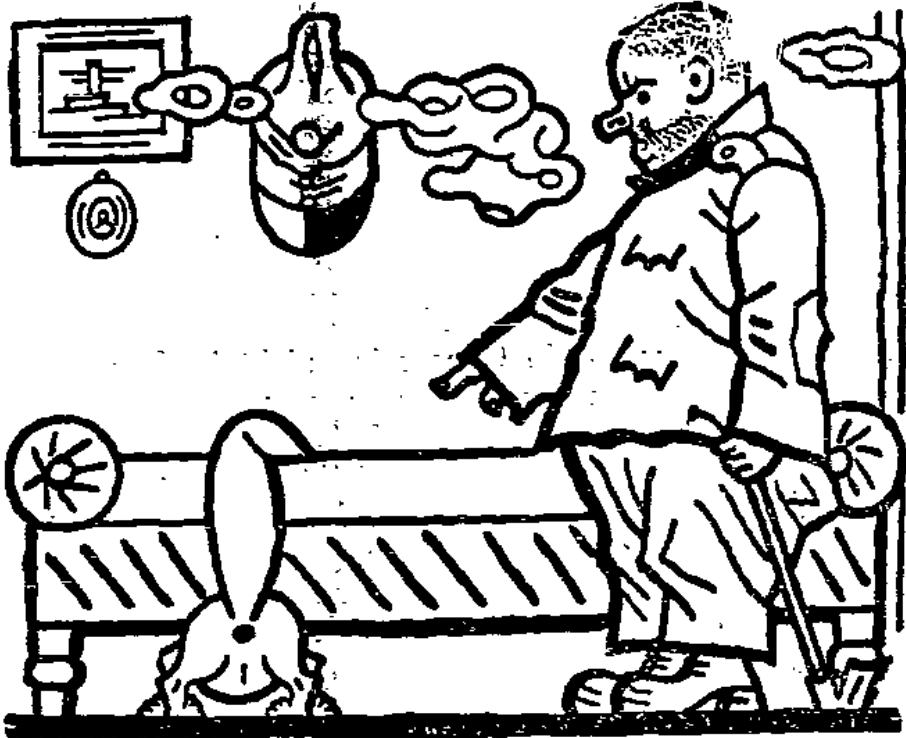
gewisse Spuren in den Funktionen des edlen Männchens in Uniform hinterließ.

Oberleutnant Lukasch führte auch eine umfangreiche Korrespondenz, besaß ein Album seiner Geliebten und eine Sammlung verschiedener Reliquien, da er in den letzten zwei Jahren eine gewisse Neigung zum Fetischismus zeigte. So besaß er verschiedene Damenstrumpfbänder, vier reizende gestickte Damenhöschen, dünne Hemdchen, Battistkleidchen und sogar ein Korsett und einige Strümpfe.

„Ich habe heute Dienst“, sagte er, „ich komme erst in der Nacht, geben Sie auf alles acht und bringen Sie die Wohnung in Ordnung. Der letzte Putzleck ist wegen seiner Niedertracht heute mit dem Marschbataillon an die Front abgegangen.“

Nachdem er noch Anordnungen betreffs des Kanarienvogels und der Angorakatze getroffen hatte, ging er fort, ohne daran zu vergessen, noch in der Türe einige Worte über Ehrlichkeit und Ordnung zu sagen.

Nachdem er gegangen war, brachte Schwejk alles in der Wohnung in beste Ordnung, so daß er Oberleutnant



Lukasch, als dieser in der Nacht nach Haus kam, melden konnte:

„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, alles is in Ordnung, nur die Katze hat Unfug getrieben und den Kanari aufgefressen.“

„Wieso?“ donnerte der Oberleutnant.

„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant, so. Ich hab gewußt, daß Katzen Kanaris nicht gern ham und ihnen gern was zu Leid tun. So hab ich sie zusamm bekannt machen wolln und im Fall, daß die Bestie was unternommen hätt, wollt ich den Pelz verbläuen, damit sie ihr lebenlang nicht dran vergißt, wie sie sich zum Kanari benehmen soll, weil ich Tiere sehr gern hab. Bei uns im Haus is ein Hutmacher und der hat eine Katze so dressiert, daß sie ihm zuerst drei Kanaris aufgefressen hat und jetzt nicht einen und der Kanari kann sich meinetwegen auf sie setzen. Ich wollts also auch versuchen, und hab den Kanari ausn Käfig genommen und ihr ihn zu beschnuppern gegeben und sie, der Aff, hat ihm, eh ich mich versehn hab, den Kopf abgebissen. Ich hab wirklich so eine Gemeinheit nicht von ihr erwartet. Wenns ein Spatz wär, Herr Oberleutnant, möcht ich noch nichts sagen, aber so ein hübscher Harzer Kanari. Und wie gierig sie ihn samt den Federn aufgefressen hat und dabei hat sie aus lauter Freude geknurr. Katzen sind herich nicht musikalisch gebildet und können nicht ausstehn, wenn ein Kanari singt, weils die Bestien nicht verstehn. Ich hab die Katze ausgeschimpft, aber Gott behüte, ich hab ihr nichts gemacht und auf Sie gewartet, bis Sie entscheiden wern, was ihr dafür geschehn soll, dem Biest, dem rüdigen.“

Bei dieser Erzählung schaute Schwejk dem Oberleutnant so aufrichtig in die Augen, daß dieser, der sich Schwejks anfangs mit einer bestimmten rohen Absicht genähert hatte, von ihr abließ, sich auf einen Stuhl setzte und fragte:

„Hören Sie, Schwejk, sind Sie wirklich so ein Rindvieh Gottes?“

„Melde gehorsamst, Herr Oberleutnant“, erwiderte Schwejk feierlich, „ja! — Von klein auf hab ich so ein Pecä, immer will ich was besser machen, gut machen und nie kommt was heraus, wie irgendeine Unannehmlichkeit für mich und die Umgebung. Ich hab die zwei wirklich bekannt machen wolln, damit sie sich verstehn und kann nicht dafür, daß sie ihn aufgefressen hat und es aus war mit der Bekanntschaft. In einem Haus beim Stupart hat vor Jahren eine Katze sogar einen Papagei aufgefressen, weil er sie ausgelacht und ihr nachgemacht hat. Katzen ham aber ein zähes Leben. Wenn Sie befehlen, Herr Oberleutnant, daß ich sie umbring, wer ich sie zwischen der Tür zerquetschen müssen, anders geht sie nicht drauf.“

Und Schwejk erklärte dem Oberleutnant mit der unschuldvollsten Miene und seinem lieben gutmütigen Lächeln, wie man Katzen tötet und brachte Einzelheiten vor, die sicherlich einen Tierschutzverein ins Irrenhaus hätten bringen müssen.

Er legte dabei fachmännische Kenntnisse an den Tag, so daß Oberleutnant Lukasch, seinen Aerger vergessend, fragte:

„Sie können mit Tieren umgehen? Haben Sie Gefühl und Liebe für Tiere?“

„Ich hab am liebsten Hunde“, sagte Schwejk, „weil das für einen, der sie verkaufen kann, ein einträgliches Geschäft is. Ich hab getroffen, weil ich immer ehrlich war; aber doch sind noch Leute auf mich gekommen, ich hab ihnen herich ein Krepierl statt einem reinrassigen und gesunden Hund verkauft, wie wenn alle Hunde reinrassig und gesund sein müßten. Und jeder wollt gleich einen Stammbaum, so hab ich mir Stammbäume drucken

lassen müssen und aus irgendeinem Koschirscher Kötter, was in einer Ziegelei geboren worden is, den reinrassigsten Adeligen aus dem bayrischen Hundezwinger Armin von Barheim machen müssen. Und wirklich, die Leute waren gleich froh, daß es so gut ausgefallen is, daß sie ein reinrassiges Tier zu Haus ham und ich hab ihnen meinetwegen einen Wrschowitzer Spitz als Dachshund anbieten können und sie ham sich nur gewundert, warum so ein seltener Hund, der bis aus Deutschland is, struppig is und keine krummen Beine hat. Das macht man so in allen Hundezwingern, da möchten Sie erst Augen machen, Herr Oberleutnant, was für Betrügereien mit Stammbäumen man in den großen Hundezwingern hat sich die Mutter mit irgendeinem Scheusal vergessen, oder seine Großmutter, oder hat er mehrere Väter geodert, von einem den Schwanz, von einem anderen die Haare am Maul und vom fünften die Größe, und wenn er zwölf solche Väter gehabt hat, so können Sie sich denken, Herr Oberleutnant, wie so ein Hund ausschauf. Ich hab mal so einen Hund gekauft, einen Hühnerhund, der war nach seinen Vätern so häßlich, daß ihm alle Hunde ausgewichen sind und ich hab ihn aus Mitleid gekauft, weil er so verlassen war. Und er is fort zu Haus im Winkel gesessen und war so traurig, bis ich ihn hab als Stallpintscher verkaufen müssen. Am meisten Arbeit hats mir gegeben, ihn zu färben, damit er die Farbe von Pfeffer und Salz hat. So is er mit seinem Herrn bis nach Mähren gekommen und seit der Zeit hab ich ihn nicht gesehn.“

Den Oberleutnant begann diese kynologische Ausführung sehr zu interessieren und so konnte Schwejk ohne Hindernis fortfahren:

„Hunde können sich nicht selbst das Haar färben, wies die Damen machen, das muß immer der besorgen, der sie verkaufen will. Wenn ein Hund so ein Greis is, daß er ganz grau is, und Sie wolln ihn als einjähriges Junges verkaufen, oder Sie geben ihn, den Großvater, sogar für neun Monate alt aus, so müssen Sie Rabensilber kaufen, es auflösen und ihn schwarz anmaln, daß er ausschauf wie neu. Damit er an Kraft zunimmt, füttern Sie ihn wie ein Pferd mit Arsenik und die Zähne putzen Sie ihm mit Schmirgelpapier, mit so einem, was man rostige Messer putzt. Und vorher, bevor Sie ihn zu irgendeinem Käufer führen, gießen Sie ihm Sliwowitz ins Maul, damit sich der Hund bißl besauf und gleich is er munter, lustig, bellt freudig und freundet sich mit jedem an, wie ein Betrunkener. Aber was die Hauptsache is, is das: In die Leute, Herr Oberleutnant, muß man hineinreden, so lang hineinreden, bis der Käufer davon ganz plemplem is. Wenn sich jemand von Ihnen einen Rattler kaufen will und Sie ham nichts anderes zu Haus wie irgendeinen Jagdhund, so müssen Sie diesen Menschen so zu überreden treffen, daß er sich statt dem Rattler diesen Jagdhund wegführt, und wenn Sie zufällig nur einen Rattler zu Haus ham und jemand kommt sich eine böse deutsche Dogge zum Hüten kaufen, so können Sie ihn so verblöden, daß er sich in der Tasche den Zwergattler statt der Dogge we trägt. Wie ich früher mit Tieren gehandelt hab, so is mal eine Dame gekommen, daß ihr herich ein Papagei in den Garten weggefliegen is, und daß dort grad irgendwelche kleine Buben vor der Villa Indianer gespielt ham und daß sie ihr ihn gefangen ham und ihm alle Federn ausn Schwanz ausgerissen ham und sich mit ihnen geschmückt ham, wie unsere Polizeimänner. Und daß der Papagei wegen der Schande, weil er ohne Schwanz is, krank geworn is und daß ihm der Tierarzt mit irgendwelchen Pulvern den Rest gegeben hat. Sie will sich also einen neuen Papagei kaufen, irgendeinen anständigen, keinen ordinären, der nur aufheißn kann. Was hab ich machen solln, wenn ich keinen Papagei zu Haus gehabt hab und von keinem gewußt hab. Ich hab nur eine böse, ganz blinde Bulldogge zu Haus gehabt. So hab ich, Herr Oberleutnant, in die Frau von vier Uhr nachmittag bis sieben Uhr hineinreden müssen, bevor sie statt dem Papagei die blinde Bulldogge gekauft hat. Das war ärger als irgendeine diplomatische Situation, und wie sie weggegangen is, hab ich gesagt: „Jetzt sollns die Buben mal probieren, ihm auch den Schwanz auszureißen“, und weiter hab ich mit der Frau nicht gesprochen, weil sie wegen dieser Bulldogge von Prag hat wegziehn müssen, weil sie das ganze Haus gebissen hat. Wern Sie's glauben, Herr Oberleutnant, daß es sehr schwer is, ein ordentliches Tier zu bekommen?“

„Ich hab Hunde sehr gern“, sagte der Oberleutnant, „einige von meinen Kameraden, die an der Front sind, haben Hunde mit und haben mir geschrieben, daß ihnen der Krieg in Gesellschaft so eines treuen und ergebenen Tieres sehr angenehm vergeht. Sie kennen also alle Hunderassen und ich hoffe, wenn ich einen Hund hätte, würden Sie ihn ordentlich pflegen. Welche Rasse ist Ihrer Meinung nach die beste? Ich meine nämlich einen Hund als Gesellschafter. Ich hab einmal einen Stallpintscher gehabt, aber ich weiß nicht —“

„Meiner Meinung nach, Herr Oberleutnant, is ein Stallpintscher ein sehr lieber Hund. Jedem, das is wahr, gefällt er nicht, weil er Borsten hat und so einen harten Bart am Maul, daß er wie ein entlassener Sträfling aussieht. Er is so häßlich, daß er schön is und dabei is er klug. Wie solls so ein blöder Bernhardiner mit ihm aufnehmen. Er is noch gescheiter wie ein Foxterrier. Ich hab einen gekannt —“

Oberleutnant Lukasch schaute auf die Uhr und unterbrach Schwejks Rede:

„Es ist schon spät, ich muß mich ausschlafen. Morgen hab ich wieder Dienst, so können Sie den ganzen Tag damit verbringen, irgendeinen Stallpintscher zu finden.“

Er ging schlafen und Schwejk legte sich in der Küche aufs Kanapee und las noch die Zeitungen, die der Oberleutnant aus der Kaserne mitgebracht hatte.

„Da schau her“, sagte sich Schwejk, „den Sultan hat Kaiser Wilhelm mit der Kriegsmedaille ausgezeichnet und ich hab noch nicht mal die Kleine Silberne.“

(Fortsetzung folgt.)